

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementspreis 75 Pfennig  
pro Quartal eff. Westgeld.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Sophienstraße 101, Stuttgart.

Inserat:  
pro Spaltige Petitzeile 20 Pf.,  
für Verbandsangehörige 10 Pf.  
Privatansagen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 11

Stuttgart, den 12. März 1904

20. Jahrgang

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Um es den mit der Kassensführung betrauten Funktionären zu ermöglichen, pünktlich mit Quartalschluß die Abrechnung an die Verbandskasse einzuliefern, ergeht an alle diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, das höfliche aber sehr dringende Ersuchen, bis spätestens 31. März ihre restierenden Beiträge bis einschließend 13. Woche zu begleichen.

Mitglieder, welche am Ende des 1. Quartals noch länger wie 8 bezw. 13 Wochen restieren, müssen auf Grund des § 14 im Statut ausgeschlossen werden.

Der Verbandsvorstand.  
I. A.: A. Dietrich.

## Lohnbewegungen.

In Fürth, bei der Firma Spear Söhne, ist die Situation unverändert. Ein Einigungsversuch anfangs voriger Woche beim Gewerbegericht kam insofern nicht zustande, als der Firmeninhaber ortsabwesend und der Verhandlung nicht beimohnen konnte, sonst aber solchen nicht abgeneigt zu sein scheint.

In Berlin entstanden bei der Firma Haasenstein & Vogler abermals Differenzen. Der eigentliche Konfliktstoff ergab sich mit dem Buchdruckerpersonal. Die Geschäftsleitung hatte zwei Gutenbergbündler eingestellt, deren Entlassung das übrige Personal forderte, weil die Einstellung der Gutenbergbündler gegen den Tarif verstoße. Da dem nicht entsprochen wurde, trat das Buchdrucker- und Buchbinderpersonal, letzteres 6 Kollegen und 20 Kolleginnen stark, in den Ausstand. Wie verlautet, wollten die Gutenbergbündler nun selbst gehen, wurden aber von der Geschäftsleitung zum Bleiben veranlaßt, bei der Geschäftsleitung soll die Absicht bestanden haben, Gutenbergbündler in größerer Anzahl einzustellen. Das Tarifamt der Buchdrucker erklärte einen Tarifbruch bei der Firma als vorliegend und strich dieselbe von der Liste der tariftreuen Firmen. Die Gutenbergbündler versuchten nun die Kaufpreiser zu machen und waren mit ehehemem Fleiß bemüht, der Firma Arbeiter ihresgleichen zuzuwenden, auch Arbeit für sie in anderen Werkstufen herzustellen zu lassen. Die Firma besann sich wohl aber doch eines Besseren und beantragte beim Tarifamt eine Schiedsgerichtsprüfung. Nach mehrstündigen Verhandlungen, wobei konstatiert wurde, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht worden sind, kam es zu einer Einigung. Mit Entlassung des während der Konflikttage eingetretenen Personals und Einstellung sämtlicher Ausständigen wurde der frühere Zustand im Geschäft wieder hergestellt. Der Erfolg ist gewiß nicht in letzter Linie dem solidarisichen Vorgehen beider graphischen Berufe zuzuschreiben.

Der Ausstand bei Standtke & Polenski, Kartonnagefabrik, kann nach siebenwöchiger Dauer als beendet und verloren betrachtet werden. Die Firma beschäftigte 3 Arbeiter und 10 Arbeiterinnen, letzteren sollten Abzüge von 0,50 bis 1,50 Mk. gemacht werden, worauf sämtliches Personal die

Arbeit niederlegte. Einigungsverhandlungen der Berliner Ortsverwaltung mit der Firma waren resultatlos. Neuere Vermittlungsversuche des Gewerbegerichts lehnte die Firma ab. Die beiden Firmeninhaber, vier Arbeiterinnen und das Dienstpersonal scheinen die notwendigsten Arbeiten fertig zu stellen.

In Chemnitz bei der Firma C. D. Richter ist der Streik als aussichtslos beendet. Die Firma fand durch stetes Inserieren eine Anzahl Arbeiter, auch von den Ausständigen wurden zwei abtrünnig, so daß der Betrieb so einigermaßen aufrechterhalten werden kann, daß Herr Richter nicht sonderlich befreitigt von dem neuen Personal sein kann, beweist, daß er noch immer nach Arbeitskräften inseriert. Die Mehrzahl unserer ausständigen Kollegen ist abgereist und in anderen Stellen untergekommen. — Die höchst brutale, ungerechtfertigte Handlung des Herrn Richter dürfte ihm vielleicht doch gelegentlich von uns einmal vergolten werden. Er wäre nicht der erste, dem wir nach jahrelangem Bemühen empfindlich beikamen und veranlaßten, sich den Herrn-im-Hause-Standpunkt abzugewöhnen und mit seinem Personal in Frieden zu leben. Dazu gehört, daß daselbst die Kollegen organisiert werden, dann reden wir bei passender Gelegenheit wieder mit Herrn Richter.

In Neu-Uppin beschäftigte sich am 22. Februar eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit der Firma Kühn und ihrem Zwischenmeister Lange. Das Gauvorstandsmitglied Bergmann-Berlin geißelte in einem Referat mit derben Worten das Verhalten der Firma, die bei Strafe sofortiger Entlassung ihrem Personal den Besuch dieser Versammlung verboten hatte. Sich ihrem Arbeitspersonal so brüsk entgegenzustellen, ist für die Firma besonders verurteilenswert, weil ihre Erzeugnisse, Bilderbücher und die bekannten Gustav Kühn'schen Bilderbogen, hauptsächlich in Arbeiterkreisen Abnehmer haben.

Aus Halle a. S. wird uns geschrieben: Seit unserem letzten Bericht hat sich hier nicht viel verändert. In mehreren Werkstubenbesprechungen nahmen die in den größeren Geschäften tätigen Kollegen und Kolleginnen Stellung zu den Forderungen. Durch die gepflogene Aussprache stellte sich die unbedingte Notwendigkeit heraus, einmal für die Arbeiterinnen auch Forderungen aufzustellen und dann die Forderungen den Wünschen der Kollegen entsprechend etwas zu erhöhen in einzelnen Geschäften, in denen besonders schwierige Arbeiten vorkommen oder doch besondere Anforderungen gestellt werden. Die revidierte Vorlage lautet, mit kleinen Abweichungen, folgendermaßen:

1. Der Minimallohn für Gehilfen beträgt 18 Mk., nach halbjähriger Tätigkeit 19 und nach einjähriger Tätigkeit 20 Mk. An Mädchen sind bei Einstellung als Minimum 7 Mk., nach halbjähriger Tätigkeit 8 Mk. und nach einjähriger Tätigkeit 9 Mk. zu zahlen.

2. Die tägliche Arbeitszeit beträgt einstweilen 9 1/2 Stunden in solchen Geschäften, in denen bisher noch über 9 Stunden gearbeitet wurde.

3. Alle schon jetzt zu höheren Löhnen als dem Minimum beschäftigten Gehilfen und Mädchen erhalten 10 bezw. 5 Prozent Zuschlag.

4. Die gesetzlichen Feiertage werden voll bezahlt.

5. Die Überstunden bis 9 Uhr abends werden mit 20 Prozent, die nach 9 Uhr mit 25 Prozent, Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt.

6. Der Arbeitsnachweis der Organisation ist bei Einstellungen in erster Linie zu berücksichtigen.

7. Die Organisation, der Buchbinderverband, wird als Vertreter der Gehilfenschaft anerkannt. Diese Forderungen sind am 6. bzw. 7. März an die Prinzipale eingereicht worden. Der Zinnung wird eine ausführliche Begründung eingereicht werden, damit die Vorlage entgegen dem Aussprache einzelner Prinzipale nicht zu den Akten gelegt werden wird. Die Zahlstelle Halle hat in den letzten Wochen in erfreulicher Weise an Mitgliedern gewonnen. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 45, doch ist zu hoffen, daß eine weitere, sehr erhebliche Steigerung noch eintreten wird.

Die Kollegen im übrigen Deutschland werden trotz der erheblich günstigeren Situation ebenfalls wieder um ihre Unterstützung gebeten, damit es den halleischen Kollegen gelingt, ihre nur zu sehr berechtigten Wünsche durchzusetzen.

## Das Fazit der hannoverschen Lohnbewegung.

Da die hiesige Bewegung durch die Forderung eines Kontobucharbeitertarifs mit in dem Vordergrund des öffentlichen Interesses bei den vorjährigen Lohnbewegungen stand und ein übersichtlicher Bericht darüber noch nicht gegeben wurde, so mögen nachstehende Ausführungen dazu führen, Außenstehenden einen Einblick in die abgeschlossenen Tarifverträge der hiesigen Branchen zu geben.

Wenn dieser Bericht etwas verspätet erscheint, so soll als Entschuldigung angeführt werden: der verzögerte Abschluß der Lohnbewegung durch die Forderung des einheitlichen Akkordtarifs für die Kontobuchbranche. Daß die Bewegung vor kurzem abgeschlossen werden konnte, war nicht der Einführung des genannten Tarifs zuzuschreiben, sondern der vorläufigen Verzichtleistung auf denselben und dafür zunächst als Grundlage: Einführung spezialisierter Werkstubenarbeitsverträge. Doch hiervon weiter unten. Zuvor etwas über die Bewegung im allgemeinen.

Sechs lange Jahre waren es, in denen Kirchsruhe in der hiesigen Zahlstelle herrschte. Lange noch wirkte der Verlußt des Oldemeyer'schen Streiks — wenn auch ehrenvoll verloren — auf die Gemüter nach. Nur dann und wann, wenn der Kampfschall einmal zu stark von außen herein dröhnte, wie bei der Aussperrung in Berlin, Leipzig und Stuttgart im Jahre 1900, kam ein frischerer Impuls in die Reihen der Kollegen. Nur langsam entwickelte sich die Zahlstelle aufwärts, die zu damaliger Zeit einen männlichen Mitgliederstand von unter 100 hatte. Dieser Zustand dauerte bis vor drei Jahren, als eine Kommission sich zusammensand, die sich die Aufgabe stellte, für die Kontobuchbranche einen einheitlichen Akkordtarif auszuarbeiten. Und da vom Verbandsvorstand die Parole ausging, den Leipziger Tarif vor nur irgend möglich einzuführen, hatte man auch hier wieder ein bestimmtes Ziel, dem man zustrebte. Nun konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Kollegen hauptsächlich auf die Fertigstellung des Tarifs. Ferner machte sich auch in der Kartonnagebranche das Bestreben geltend, eine den Verhältnissen entsprechende Entlohnung zu fordern. Und so war der Zeitpunkt für eine durchgreifende Bewegung gekommen.

Um den Erfolg dieser Bewegung abschätzen zu können, sei es gestattet, die Lohnverhältnisse vor

derselben in kurzen Zügen klar zu legen. Bei der 1896er Bewegung wurden durch Werkstubenverhandlungen ein Minimallohn von 18 Mk., Mehrbezahlung der Überstunden an männliche Arbeiter Sonn- und Wochentags 10 Pf. und in den Betrieben, wo Buchdruckerei mit verbunden war, die 9 stündige Arbeitszeit (dem damaligen Buchdruckertarif entsprechend) mit dem übrigen graphischen Beruf zusammen errungen. Alle anderen bewilligten Punkte: Entlohnung der Arbeiterinnen, der Hilfsarbeiter usw., wurden mehr oder weniger durchbrochen. Einem Ausschlag der Akkordsätze von 4 Prozent als Ersatz für die Verkürzung der Arbeitszeit wurde nur von der Geschäftsbücherfabrik Edler & Krüschke entsprochen, wie auch diese Firma die einzige war, welche den älteren Hilfsarbeitern 18 Mk. zubilligte.

Nach reiflicher Überlegung und unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse wurden vom Vorstand in der Tarifkommission folgende Forderungen zu der jetzt abgebrochenen Bewegung aufgestellt: Effektive Arbeitszeit von 9 Stunden; Minimallohn für ausgelehrte männliche Arbeiter 19 Mk., nach einjähriger Gehilfenchaft 22,50 Mk.; Bergolder, Marmorierer, Beschneider 24 Mk. Für Arbeiterinnen wurden verlangt: für Anfängerinnen (Lehrmädchen) 9 Mk., nach einem halben Jahre 10 Mk., nach einem Jahre 12 Mk.; für Maschinenarbeiterinnen 12, 13 resp. 15 Mk.; für Hilfsarbeiter, sofern dieselben über 18 Jahre sind, nach dreijähriger Tätigkeit 20 Mk.; für Lohnarbeiter und Arbeiterinnen ein fünfprozentiger Lohnzuschlag. Zuschlag für Überstunden für Arbeiter wochentags 15 Pf., Sonntags 25 Pf., für Arbeiterinnen wochentags 8 Pf., Sonntags 12 Pf.

Davon abweichende Forderungen der Kartonnagearbeiter waren: für Zuschneider und Mustermacher 24 Mk., für Hilfsarbeiter, welche ausschließlich mit Zuschneiden beschäftigt werden, muß nach zweijähriger Tätigkeit, sofern über 22 Jahre, der Lohn wie den Zuschneidern, 24 Mk., gezahlt werden. Für Hilfsarbeiterinnen 7,50 Mk., nach einem Jahre 9 Mk., nach zwei Jahren 12 Mk., nach vier Jahren 13,50 Mk. Für die Buchbinderbranche: Anerkennung des Leipziger Tarifs; für die Kontobuchbranche: die Anerkennung des von der Kommission ausgearbeiteten einheitlichen Akkordtarifs; für die Kartonnagebranche: die Bemessung des Akkordlohns für eine geübte Arbeiterin von mindestens 15 Mk. pro Woche. Ebenfalls wurde auch die Bildung eines Tarifamtes als Folge der Tarifgemeinschaft angestrebt.

Das waren die Forderungen, die vom Vorstand sämtlichen Arbeitgebern am 15. August vorigen Jahres zugestellt wurden; bis zum 1. September wurde nun Rückantwort gebeten. Erwähnt sei, daß keine Prinzipalvereinigung am Orte bestand. Im Laufe der Jahre hatten wir einsehen gelernt, daß Werkstubenabmachungen sehr leicht durchbrochen wurden.

Den Verlauf der Bewegung hier zu schildern, würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, derselbe ist ja auch in Nr. 38 der „Buchb.-Ztg.“ vom vorigen Jahre ersichtlich. Nur die Hauptmomente mögen hier greifbar werden. Das waren: Erstens die gänzliche Ablehnung der Forderungen von Seiten der Prinzipale mit dem Hinweis, nur mit ihren eigenen Arbeitern zu verhandeln. Diese Antwort hatte die Kündigung in sämtlichen Betrieben zur Folge. Zweitens: Die von unserem Verbandsvorsitzenden Dietrich eingeleiteten Unterhandlungen hatten den Erfolg, daß die Unternehmer mit der Organisation verhandelten. Nach Zusammenschluß der sechs größten Firmen hier am Orte: König & Ebhardt, Edler & Krüschke, Oldemeyer Nachfolger, Molling & Comp., Potranz und Gebrüder Jänicke, wurden von denselben endgültig folgende Zugeständnisse gemacht: Arbeitszeit wie bisher 9 Stunden. Minimallohn für ausgelehrte männliche Arbeiter 19 Mk., nach einem Jahre 21 Mk., Bergolder, Marmorierer, Beschneider 23 Mk.; Minimallohn für Arbeiterinnen: Lehrmädchen 7 Mk., nach einem halben Jahre 8 Mk., nach einem Jahre 9 Mk., nach zwei Jahren 10,50 Mk.; für Maschinenarbeiterinnen: Anfängerinnen 10 Mk., nach einem Jahre 12 Mk., Hilfsarbeiter, sofern sie über 18 Jahre sind, erhalten nach dreijähriger Tätigkeit im Beruf 18 Mk.

Jetzt erklärte sich auch die hiesige Zwangsinnung bereit, mit dem Vorstand respektive Gesellenaus-

schuß zu verhandeln. Aus diesen Verhandlungen entsprangen folgende Zugeständnisse: Arbeitszeit vom 1. Oktober 1903 ab täglich 9 1/2 Stunden, vom 1. Juli 1904 ab täglich 9 Stunden. Minimallöhne für Gehilfen, die ihre Lehrzeit beendet haben, 18 Mk., nach einem Jahre 19 Mk., nach beendetem 21. Lebensjahre 21 Mk., nach zweijähriger Tätigkeit im Geschäft 22,50 Mk., für Beschneider 23 Mk., Marmorierer und Bergolder 24 Mk.; Minimallohn für Arbeiterinnen: Angelehrte 7 Mk., nach einem halben Jahre 8 Mk., nach einem Jahre 12 Mk.; für Maschinenarbeiterinnen: für Anfängerinnen 11 Mk., nach einem halben Jahre 12 Mk., nach einem ganzen Jahre 14 Mk. Zuschlag für Überstunden für männliche Arbeiter wochentags 12 Pf., Sonntags 25 Pf., für weibliche Arbeiter wochentags 6 Pf., Sonntags 15 Pf.

Für die Akkordarbeiter wurde von Seiten der Geschäftsbücherfabrikanten die gemeinschaftliche Durchberatung des eingereichten Tarifs bis zum 1. Januar zugestanden. Die Innung verpflichtete sich, bessere Arbeiten nach Leipziger Tarif zu bezahlen, während für Schulbücher 10 Prozent in Abzug gebracht wurden.

Die Bewegung der Kartonnagearbeiter, die ja in sämtlichen Betrieben nun Streik führte, endigte mit einem negativen Erfolg. Bei der Firma Fettsack wurden nach mehrwöchigem Streik mit Hilfe der Steindrucker und Lithographen Zugeständnisse erzielt, die sich mit denen der Innung decken. In allen anderen Betrieben konnte die Arbeit mit Hilfe von Arbeitswilligen fortgesetzt werden.

Wie schon oben bemerkt, wurde von den Kontobuchfabrikanten die Zusage gegeben, den eingereichten Tarif gemeinschaftlich mit den Hilfskommissionen durchzubekommen und am 1. Januar 1904 zur Einführung zu bringen. Es verstrich der Oktober, der November, gegen Mitte Dezember wurde der Gehilfenkommission die Nachricht, daß am 15. eine gemeinschaftliche Sitzung angesetzt sei. Dieselbe fand denn auch statt, und es nahmen daran teil von den Fabrikanten: von der Firma König & Ebhardt Herr Dr. Bertold, von der Firma Edler & Krüschke Herr Edler, von der Firma Oldemeyer Nachf. Herr Kay und deren Werkführer. Von der Gehilfenchaft: die in den drei Betrieben gewählten Kommissionen. Die Sitzung zeitigte folgendes Resultat. Die Prinzipale erklärten, nach eingehender Prüfung des Materials seien sie zu der Überzeugung gekommen, daß es vorderhand nicht möglich sei, einen Akkordtarif, der für die drei Fabriken einheitlich sein soll, festzulegen. Die Differenzen der jetzt bezahlten Preise und die Verschiedenheit der technischen Einrichtung machten die Sache so schwierig, daß sie vorläufig davon Abstand nehmen müßten. Wohl aber seien sie bereit, Werkstubenarife einzuführen, auf dem dann später der einheitliche Tarif aufgebaut werden könne. Nach längerer Diskussion kamen die Gehilfenvertreter zu der Ansicht, daß die Prinzipale nicht von der Notwendigkeit des einheitlichen Tarifs zu überzeugen waren und bezielten sich nun vor, das Ergebnis der Gehilfenchaft vorzulegen. Eine diesbezügliche Versammlung trat dem Vorschlag der Kommission bei und erklärte sich vorläufig mit der Annahme der Werkstubenarife einverstanden, ohne für die Zukunft auf den einheitlichen Akkordtarif zu verzichten. (Siehe Resolution in Nr. 3 der Zeitung.) Dieser Beschluß respektive Resolution wurde den Prinzipalen in einer acht Tage später stattgehabten Sitzung mitgeteilt.

So erreichten die Verhandlungen über den Akkordtarif vorläufig ihr Ende. Was die Werkstubenarife bringen und wann sie fertig gestellt werden, wird die Zukunft zeigen. Obwohl in der Resolution dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, die Tarife bis zum 1. April fertig zu stellen, ist bis jetzt noch alles ruhig.

So niederdrückend auch das Gefühl ist, daß der Erfolg einer dreijährigen Arbeit ein so minimaler ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß selbst durch die Einführung der Werkstubenarife in der Entlohnung der Akkordarbeit ein Schritt vorwärts getan ist. Daß die Einführung des Leipziger Tarifs nicht mit einem Streiche erledigt werden kann, sondern Schritt vor Schritt errungen werden muß, lehrt uns seine Vergangenheit und Kämpfe. Wenn viele Kollegen mit den Erfolgen

der Bewegung nicht zufrieden sind, so mögen ihnen die Worte, die in der öffentlichen Versammlung vom 17. September vorigen Jahres gesprochen wurden, nochmals in Erinnerung gebracht werden: Eine Organisation, die sich nur auf neu herein-geschneite Mitglieder stützen kann, darf nicht so vorgehen, als wie zur Erreichung des Geforderten notwendig ist. Nur durch zähes Ausharren in der Organisation ist es möglich, das uns jetzt noch Borenthaltene nachzuholen.

Was die Einhaltung der Abmachungen anbetrifft, so kann erfreulicherweise konstatiert werden, daß, soweit bekannt, keine Durchbrechungen stattgefunden haben. Erwähnt mag hier werden, daß die Firma Gebrüder Jänicke, welche die oben angeführten Tarifsätze mit unterzeichnete, sämtliche Verbandskollegen und Kolleginnen entlassen hat. — Natürlich wegen Arbeitsmangel. Man kann die Firma nicht zwingen, Verbandsmitglieder zu beschäftigen. Wenn sie aber denkt, durch solche Handlungsweise in Zukunft mit Forderungen verschont zu bleiben, so irrt sie sich ganz gewaltig. Ebenfalls sei hier einmal die Haltung des Werkführers Klemann bei der Weltfirma König & Ebhardt gekennzeichnet. Nicht genug, daß er während der Bewegung sich mit seinem ganzen Einfluß der Sache entgegenstellte, versucht er auch jetzt, durch Herausgreifen der niedrigsten Tarifsätze für Arbeiterinnen diese gegen die Lohnkommission aufzuheben. Kommt eine Arbeiterin wegen Lohnerhöhung zu ihm, so antwortet er in zynischer Weise: „Streiken Sie doch, Sie wollten ja nicht mehr haben“, und verweist sie dann an die Lohnkommission. Daß dieses Vorgehen von Seiten der Chefs gebilligt wird, ist nicht anzunehmen. Man sollte erwarten, daß Werkführer, die gezwungen sind, in jeder Weise die Interessen des Geschäfts zu vertreten, bei Lohnbewegungen eine unparteiische Haltung einnehmen und bei getroffenen Abmachungen durch Einhaltung derselben eine humanere Stellung den Arbeitern gegenüber bewahren. Aber da fühlt sich K. in seinem Paschadüffel getränkt, es fehlt ihm eben an sozialer Einsicht und vernünftiger Beurteilung der heutigen Verhältnisse. So lassen wir dem Herrn das Vergnügen, die Gewerkschaftsbewegung wird solche Werkführertypen bei Seite drücken. ne.

## Internationales.

**Serbien.** In Serbien scheint es mit Tarifvereinbarungen leichter zu gehen, wie bei uns zu Lande. Erst kurze Zeit sind unsere Kollegen in Belgrad organisiert und bereits haben sie es schon zu einer schriftlichen Vereinbarung mit ihren Prinzipalen gebracht, wovon ein uns vorliegender, von dort übermittelter, gedruckter, von beiden Parteien unterschrieben unterzeichneter Tarif Zeugnis ablegt. Der Tarif, der bis 1. Januar 1906 gilt, bestimmt in 17 Paragraphen: Arbeitszeit, Löhne, Kündigungszeit usw. Danach ist die Arbeitszeit eine neunstündige, der Lohn für Ausgelernte 12 Fr., für geübte Arbeiter bis zu 32 Fr., Überzeitarbeit wird mit 33/3 Prozent Zuschlag bezahlt, Akkordarbeit ist nicht gestattet. Die Kündigung ist eine vierzehntägige, Lehrlinge unter 14 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden, die Arbeitgeber verpflichten sich, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Das die Hauptbestimmungen. Für den Anfang nicht übel!

**Die Aussperrung in Dänemark.** Die dänische Arbeitgeber- und Meistervereinigung, der sowohl die Buchbinderinnung von Kopenhagen, als auch die Zentralvereinigung der Buchbindermeister Dänemarks angehört, teilte am 17. Februar dem Verband der dänischen Gewerkschaften mit, daß ihr Hauptvorstand den Beschluß der genannten Innung, bei allen Innungsmeistern eine Aussperrung aller Mitglieder des Buchbinderfachvereins von 1873 (der Kopenhagener Abteilung des Buchbinderverbandes) zu dekretieren, und ebenso den Beschluß der Zentralvereinigung, alle bei Mitgliedern der Vereinigung arbeitenden Gesellen, welche Mitglieder des Buchbinderverbandes sind, auszusperrn, sanktioniert habe, und daß die Aussperrung am Sonnabend den 5. März erfolgen solle. Wegen die Art und Weise, wie diese Aussperrungsbeschlüsse gefaßt waren und durchgeführt werden sollten, wurde seitens des Verbandes der Gewerkschaften Einspruch erhoben. Die Meister hatten es

nämlich in ihrem Latendrang veräußert, die in dem Übereinkommen vom 5. September 1899 für diese Fälle vorgeschriebenen Bedingungen genau zu beachten. Sie hatten nicht, wie sie es hätten tun müssen, zunächst der Gegenpartei angekündigt, daß sie beabsichtigten, einer kompetenten Versammlung den Vorschlag zur Aussperrung zu unterbreiten. Dazu aber wären sie vierzehn Tage vor der Aussperrung verpflichtet gewesen und erst danach hätten sie sieben Tage vor seiner Ausführung ihren Beschluß den Arbeitern mitteilen müssen. Diese Einwendungen mußte denn auch die Arbeitgebervereinigung als berechtigt anerkennen und sie hat, wie am 2. März durch Ribaus Depeschsbureau gemeldet wurde, die Aussperrung auf vierzehn Tage verschoben. Nach dem bisherigen Verhalten der Meister, die unbedingt die Verlängerung des bisherigen Tarifvertrags auf weitere vier Jahre verlangen und sich auf keine Verhandlungen mehr einlassen wollen, ist kaum daran zu zweifeln, daß nach Ablauf dieser Frist, das wäre also am 19. März, die Aussperrung vollzogen wird. Unsere Kollegen sind auch auf einen ersten Kampf vorbereitet. Der Hauptvorstand des dänischen Buchbinderverbandes hat eine wöchentliche Extrasteuer von 2 Kronen (2,24 Mk.) für männliche Mitglieder und 1 Krone für weibliche Mitglieder ausgeschrieben. Arbeiterinnen, die weniger als 10 Kronen pro Woche verdienen, sind vom Extrabudget befreit.

Bemerkenswert ist, daß die „Zentralvereinigung“, der die Buchbindermeister außerhalb der Hauptstadt angehören, nicht beschloffen hat, sämtliche Mitglieder des Verbandes auszusperrn, sondern die „Gesellen“. Man beabsichtigt also hier offenbar, die Arbeiterinnen in den Werkstätten zu behalten. Außerdem ist zu beachten, daß der Zentralvereinigung nach offizieller Angabe 115 Meister angehören (wahrscheinlich ist aber die Mitgliederzahl nicht einmal so groß), daß aber nach der Statistik in Dänemark mit Ausschluß Kopenhagens 220 Buchbindereien vorhanden sind. Auf der Generalversammlung der Zentralvereinigung aber wurde der Aussperrungsbeschluß mit 20 gegen 1 Stimme gefaßt, es war also nicht einmal ein Fünftel der angebliebenen Mitgliederzahl anwesend. Die Mitgliederzahl der Organisation der Meister in Kopenhagen, der „Buchbinderinnung“, wird auf zirka 100 angegeben. Auf der Generalversammlung der Innung, wo jedes Mitglied bei einer Geldbuße von 20 Kronen verpflichtet war, zu erscheinen, wurde der Aussperrungsbeschluß einstimmig mit 73 Stimmen gefaßt. Nach der Statistik gibt es jedoch in Kopenhagen 215 Buchbindereien. Vergleicht man diese Zahlen, so wird man erkennen, daß auf Grund dieser Beschlüsse an eine wirklich allgemeine Aussperrung nicht gedacht werden kann. Gleichwohl gehen unsere dänischen Kollegen einem ernsten Kampfe entgegen. Steht doch hinter den Buchbindermeistern die große Arbeitgeber- und Meistervereinigung, die man wohl mit Recht als die verhältnismäßig stärkste, die Arbeitgeber aller Gewerbe umfassende Organisation irgend eines Landes bezeichnen kann, was übrigens hinsichtlich der Arbeiter auch von dem Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften oder wie der Name richtig übersetzt lautet, „den zusammenwirkenden Fachverbänden“, die bekanntlich die Forderungen unserer Kollegen sanktioniert haben, gesagt werden kann.

**Jahresbericht des Ganes XIII.**

Das Jahr 1903 hatte seinem Vorjahre gegenüber keine wesentlichen Verbesserungen hinsichtlich der Geschäftskonjunktur aufzuweisen. Die vielfach von anderen Bezirken gemeldete Hebung ihrer allgemeinen Geschäftslage gegenüber den zwei Vorjahren traf für unseren Bezirk nicht zu, wenigstens nicht im Gau XIII. Wohl darf gesagt werden, daß ein weiterer Rückgang der Konjunktur nicht eingetreten ist, aber die einzelnen Arbeitsverhältnisse hatten dieselbe kurze Dauer wie im Vorjahre; auch zeigte sich durch den Stellenwechsel und der bedeutenden Nachfrage nach besserer Stellung eine Unzufriedenheit in den angebotenen gegenüber den bezahlten Löhnen, welche die kurzen Arbeitsverhältnisse vielfach zeitigten. Mancher Kollege würde wohl nicht

in Arbeit treten, wenn ihm vorher gesagt würde, was an Lohn ihm geboten wird. Diese Prinzipale aber drängen darauf, daß erst mal 8 bis 14 Tage gearbeitet werden muß, ehe der Lohn festgesetzt wird, auch wird mancher dazu getrieben, um jeden Preis in Arbeit zu treten. Das Lohnverhältnis also ist einer größeren Willfür preisgegeben, was im Berichtsjahr stärker als im Vorjahr hervorgetreten ist. In mittleren und größeren Städtchen im Gau sind in den meisten Fällen die dauernd daselbst beschäftigten Kollegen schuld. Kommt zum Beispiel ein fremder Kollege nach Trier und ist Mitbewerber um eine Stellung, so unterbieten ihn meist schon verheiratete Kollegen, indem sie sich für 18 Mk. anbieten. Zur Hebung und Besserung der dortigen Verhältnisse selbst sind sie aber nicht zu haben; weil der Verband ihnen bessere Zustände nicht auf dem Präsenzierteller überreichen konnte, sind verschiedene der Trierer Kollegen einfach ausgetreten oder haben infolge Restierens ihre Mitgliedschaft verloren, ohne abzuwarten bis ein geeigneter Zeitpunkt zu einem möglichst erfolgreichen Vorgehen gekommen wäre. Ofters auch duldete es die Frau nicht, daß der Mann 35 Pf. für den Verband zahlte.

Unsere Agitation wurde eifrig und auch mit Erfolg betrieben. Allen Kollegen, die dabei behilflich waren, hauptsächlich den tätigen Vertrauensleuten, sei für ihre Mithilfe an dieser Stelle gedankt. Wenn auch manchmal anscheinend eine Ermüdung der mittätigen Kollegen in der Agitation eingetreten ist, so wäre dieselbe immerhin in Betracht der Mühe, die es kostet, um einen der eingeborenen Kollegen für den Verband zu gewinnen, zu entschuldigen, denn gerade diese sind es, welche die heimatische Scholle nie verlassen und von Organisation nichts wissen wollen. Sie haben in der Regel die erste Stelle in dem kleinen Geschäft inne und der zugereifte Verbandskollege muß sich unterordnen; nur wenigen von diesen gelang es, denselben Lohn zu erhalten, wie ihn die einheimischen haben.

Eine erfreuliche Tätigkeit entfaltete der im Januar aus Grünstadt sich angemeldete und dem Gauvorstand bereits vorher bekannte Kollege Ph. Arnbrust, dem es gelang, in den seit Auflösung der Zahlstelle für unseren Verband brachliegenden Ort neues Leben zu bringen; die Erfolge blieben dann auch nicht aus. Eine weitere rege Tätigkeit wurde in Pirmasens entfaltet, wenn auch durch Streichungen vieler Mitglieder, hauptsächlich der weiblichen, das Resultat stark beeinträchtigt wird. Die letzteren stehen noch zu sehr unter dem elterlichen Einfluß, die allzuhäufig andere Anschauungen haben und sich von den Arbeitgebern der Mädchen beeinflussen lassen. Wegen ausgebrochener Differenzen bei der Firma Braum & Kohlermann mußte der Gauvorsitzende am 11. Januar nach Pirmasens fahren, um sich persönlich über den Stand der Dinge zu orientieren. Das Koalitionsrecht der Arbeiter lag dieser Firma schwer im Magen; sie lehnte jede Unterhandlung mit dem Gauvorstand ab, zog es vielmehr vor, den Kollegen Bischoff wegen seiner Verbandsstätigkeit zu maßregeln. Die Kollegen glaubten zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung raten zu sollen, was dem Gauvorsitzenden Veranlassung gab, am 1. Februar nochmals nach Pirmasens zu fahren, wenn auch nur um die Überzeugung zu gewinnen, daß eine Arbeitsniederlegung nach Lage der Sache unmöglich ist. Der gemäßregelte Kollege Bischoff erhielt eine ausgiebige Verbandsunterstützung und siedelte nach Gera über.

Am 21. März referierte der Vorsitzende in Heidelberg; ab 1. Juli entstand daselbst eine Zahlstelle. Am 19. Juni verhandelte der Gauvorstand ein Zirkular, welches die Tariffrage behandelte, mit der Einführung seines Minimallohnes, sowie mit der Reduzierung der Arbeitszeit sich befaßte und um Einfindung einer Ortsstatistik über die zurzeit gezahlten Löhne und bestehende Arbeitszeit usw. ersuchte, welchem Ansuchen Folge gegeben wurde. Gleichzeitig wurde aber von den meisten Orten mitgeteilt, daß an eine Bewegung nicht zu denken sei. Auf Wunsch referierte sodann der Gauvorsitzende in dieser Angelegenheit am 13. Juni in Mannheim, am 21. Juni in Heidelberg, am 11. Juli in Worms und am 6. September in Grünstadt.

In nachfolgender Aufstellung geben wir einen Überblick über das Resultat des Berichtsjahres unseres Ganes:

Ort	Bestand am 1. Jan. 1903	Aufnahmen	Abgereist	Abgetreten	Ausgetreten und andersgefallen	Bestand am 31. Dez. 1903
Witburg a. Eifel	—	—	2	1	—	1
Koblenz	10	3	3	6	2	8
Ebentoben	1	—	—	1	—	—
Frankenthal	—	—	2	1	—	1
Friedrichstal	—	—	1	—	—	1
Grünstadt	—	16	2	4	—	14
Heidelberg*	10	3	5	17	1	39
Homburg	—	—	1	—	—	1
Idar	1	3	—	1	—	3
Kaiserslautern	5	—	—	2	2	1
Kirchheim bei Heidelberg	1	—	—	—	—	1
Kirchheimbolanden	2	—	—	1	—	1
Kreuznach	—	2	3	1	—	4
Landau	—	1	2	3	—	—
Lauterecken	—	—	1	1	—	—
Neustadt	1	—	1	1	—	1
Neuwied	—	2	1	2	—	1
Neunkirchen	—	—	3	1	—	2
Ph. Lippstadt	1	—	—	1	—	—
Pirmasens	19	14	7	6	19	15
Saarbrücken	2	—	1	—	1	1
Saarlosen	—	—	1	—	—	1
Sulzbach a. Saar	1	—	2	2	—	1
Schwellingen	1	2	—	2	—	1
Spener	2	1	5	7	1	—
Traben a. Mosel	1	—	—	1	—	—
Trier	6	—	3	3	5	1
Völklingen	—	1	—	1	—	—
Worms	3	2	4	4	1	4
	67	50	50	70	32	64

Sieran anschließend haben wir über Einnahmen und Ausgaben folgendes zu berichten: Einnahmen der Verbandskasse: 50 Aufnahmen (inklusive weibliche) 21,70 Mk., 3088 Beiträge (inklusive 326 weibliche) 1015,60 Mk., zusammen 1037,30 Mk. Ausgaben der Verbandskasse: Für außerordentliche Agitation 37,60 Mk., 20 Prozent der Beiträge an die Lokalkasse 203,08 Mk., Gemäßregeltemunterstützung 128 Mk., Streikunterstützung 141 Mk., von Präger unterschlagen 48 Mk., an die Verbandskasse eingesandt 516,15 Mk. Einnahmen der Gaukasse: Kassenbestand am 1. Januar 1903 76,28 Mk., 20 Prozent der Beiträge 203,08 Mk., zusammen 279,36 Mk. Ausgaben der Lokalkasse: Porto für 924 Kreuzbandsendungen (Zeitung usw.) 55,51 Mk., Porto für Briefe und Postkarten 35,25 Mk., Porto der Vertrauensleute inklusive direkte Ausgaben 56,95 Mk., zusammen 147,71 Mk. Kassenbestand am 31. Dezember 1903 131,65 Mk.

Die am 17. Oktober in der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen gewählte Lohnkommission richtete am 18. Oktober ein Schreiben an den Gauvorstand mit dem Ersuchen, an den Beratungen derselben teilnehmen zu wollen. Nach Lage der Sache leistete der Unterzeichnete dem Rufe Folge und übernahm die Führung der Bewegung. Das Material wurde in 21 Sitzungen und mehreren Verhandlungen mit Prinzipalen und der berufenen Prinzipalkommission erledigt. Durch die Schwierigkeiten, die von dieser Seite gemacht wurden, zog sich die Bewegung in die Länge und konnte der Tarif erst am 1. Februar in Kraft treten. Wir verweisen hierzu an die Berichte in Nummer 46 und 50 von 1903 und Nummer 6 von 1904 unserer Zeitung. Anscheinend gelingt es nicht, mit der Arbeitszeit von neun Stunden vollständig durchzukommen.

Der Gauvorstand hatte die Absicht, den Versuch zu machen, an einem oder zwei Orten im Gau mit entsprechenden Forderungen vorzugehen, jedoch durch den späten Abschluß der Lohnbewegung in Mannheim-Ludwigshafen ist die hierfür geeignete Zeit vorüber gegangen und muß infolgebeffen dieser Versuch bis später verschoben werden. Wir richten aber heute schon das Ersuchen an alle Mitglieder im Gau, in entsprechenden Zeitschnitten in diesem Jahre Lohnzulagen zu fordern und nicht, wie viele Kollegen es tun, drei bis vier Jahre und noch länger ohne Zulage zu fordern bei verhältnismäßig geringen Löhnen zu arbeiten. Von Arbeitgeberseite wird allerdings wenig Entgegenkommen gezeigt werden, inbeffen darf man sich nicht zurückschrecken lassen. Dadurch dürfte es dann möglich werden, auch im Gau einen annehmbaren Minimallohn

\* In Heidelberg sind 6 Mitglieder abgereist und 11 traten am 1. Juli der neugegründeten Zahlstelle bei.

festzulegen und durchzuführen zu versuchen; auf einmal wird das allerdings nicht gehen, aber während unserer jetzigen Tarifdauer läßt sich schon etwas machen.

Darum, Kollegen im Gau: Tretet alle in eine lebhaft Agitation ein, arbeitet unverdrossen rüstig mit uns vorwärts am Ausbau der Organisation im Gau und die Erfolge werden nicht ausbleiben.  
Mannheim. F. W. Schmidt.

## Jahresbericht des Gaues II.

Im verflossenen Jahre hat sich das Verbandsleben in unserem Gau verhältnismäßig recht lebhaft gezeigt. Die Agitation wurde sowohl von seiten des Gauvorstandes, wie auch von einigen Mitgliedern recht reger betrieben, daher ist es uns erfreulicherweise gelungen, so manches Mitglied unserer Organisation hinzuzufügen, trotzdem speziell in unserem Gau die Agitation mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die Agitation mußte hauptsächlich auf schriftlichem Wege betrieben werden, da wegen der großen Entfernung der einzelnen kleinen und mittleren Städte, in welchen zum größten Teile nur Einzelmitglieder vorhanden sind, sich eine mündliche Agitation nicht rentiert und auch schwer durchzuführen ist. Nur eine Reise ist als außerordentliche Agitation nach Danzig unternommen worden. Einige Kollegen genannten Ortes haben dort auch ein recht lebhaftes Organisations- und Agitationsinteresse gezeigt, das ja auch einen ganz guten Erfolg zeitigte. Es wäre wohl zu hoffen, daß nun in Danzig nach längerem gänglichen Stillstande jetzt ein dauernder und fester Bestand von Verbandskollegen bleiben wird, welcher hoffentlich dahin wirken wird, daß unsere Organisation dort immer weitere Ausbreitung findet.

Tilfit, woselbst ehemals soviel Verbandskollegen dem Gau angehörten, um eine eigene Zahlstelle zu bilden, hat jetzt nur noch zwei verbandstreue Kollegen aufzuweisen. Hoffentlich macht diese Interesselosigkeit bald einer besseren Einsicht Platz, die unseren Tilfiter Kollegen wieder in unsere Reihen treibt.

Die Mitgliederbewegung zeigt 22 Aufnahmen und 10 Zugereiste, je 5 wurden ausgeschlossen und traten aus und 17 reisten ab, am Schlusse des Jahres verblieben 20 Mitglieder gegen 15 im Jahre 1902.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse bilanzieren mit 321 Mk. Die Gaukasse verzeichnete aus den 20 Prozent der Beiträge 61,70 Mk., dazu 4,81 Mk. Bestand, verausgabte wurden 65,90 Mk.

Die Ausgaben der Lokalkasse betragen also 4,14 Mk. mehr als die Einnahmen derselben. Hauptächlich ist dieses Manko der im verflossenen Jahre besonders großen Agitation und der damit verbundenen beträchtlichen Portounkosten zuzuschreiben.

Unser Arbeitsnachweis der Zahlstelle Königsberg wurde mit dem Gau verschmolzen. Es wurden diesbezügliche Zirkulare an die Kollegen, sowie an die Arbeitgeber verandt. Dieser neuerrichtete Nachweis, welchen der Bevollmächtigte der Zahlstelle Königsberg leitet, ist recht viel von seiten der Interessenten in Anspruch genommen worden.

Mit der Zuversicht, daß in diesem Jahre unsere Organisationsbestrebungen auch in unserer, für gewerkschaftliche Verbände so schwer zu beackernden Gegend von immer größerem Erfolge getragen werden, wollen wir selbstvertrauen an die neue Agitationsarbeit gehen. Dabei mag aber auch jedes einzelne Mitglied helfend eingreifen.

Königsberg i. Pr.

E. Sabelste.

## Korrespondenzen.

Zuzug ist fernzuhalten nach Neu-Muppin, nach den Firmen J. W. Spear in Fürth, J. F. Diegel und A. Woborn in Offenbach a. M. und Gulbe, Klette und Erdlen in Hamburg.

In Halle a. S. befinden sich die Kollegen in einer Lohnbewegung.

Ueber die Firma C. D. Richter in Chemnitz ist die Sperre verhängt.

Stuttgart. Eine unserer Versammlungen beschäftigte sich fast ausschließlich mit der zurzeit

unser Verbandsleben bewegenden Frage der Urabstimmung, die darüber zu entscheiden hat, ob ein Verbandstag stattfinden soll oder nicht. Als Referent war Lender, als Korreferent Deder gewonnen. Lender entwarf eingangs seines Referats ein anschauliches Bild davon, wie seit Gründung unseres Verbandes im Jahre 1885, in periodischen Zwischenräumen von zwei zu zwei Jahren, Verbandstage stattgefunden haben, und zwar im Jahre 1887 in Gotha, 1889 in Hannover, 1891 in Altenburg und 1893 in Frankfurt a. M. Diese vier genannten Verbandstage haben unserer Verbandskasse allein die horrenden Summe von 9500 Mk. gekostet. Die Kosten des 1891er Verbandstags in Altenburg zum Beispiel haben sich auf rund 3000 Mk. belaufen, unseren damaligen Kassenverhältnissen entsprechend beinahe ein Drittel des gesamten Verbandsvermögens. Angesichts dieser hohen Kosten, die solche Zusammenkünfte verursachten, wurde des öfteren der Wunsch laut, dieselben in größeren Zwischenräumen als seither abzuhalten oder gänzlich zu beseitigen. Dahingehende Anträge wurden aber stets mit großer Mehrheit abgelehnt. Erst auf dem letztgenannten Verbandstag in Frankfurt, im Jahre 1893, brachte man es fertig, die periodischen Zeiträume zwischen den einzelnen Verbandstagen fallen zu lassen und dieselben nur noch nach erfolgter Annahme durch Urabstimmung einzuberufen und außerdem weniger bedeutende Fragen ebenfalls durch Urabstimmung zu erledigen. Zwei solcher Verbandstage, die durch Urabstimmung zustande kamen, haben bereits in den Jahren 1897 in Halle a. S. und 1900 in Berlin stattgefunden. Die erste Urabstimmung erfolgte im Jahre 1895 und lagen zu derselben nicht weniger als 145 Anträge vor, welche Annahme von Arbeit natürlicherweise nicht bewältigt werden konnte, trotzdem die Abstimmung nur versammlungsweise vorgenommen wurde, also nur die Kollegen abstimmen berechtigt waren, die den betreffenden Versammlungen anwohnten. Nur 25 von den 145 Anträgen konnten ihre definitive Erledigung finden, alle anderen mußten zurückgestellt werden. Im ganzen haben wir bis jetzt sieben Urabstimmungen vorgenommen, die letzte im Jahre 1902, die den Portefeullern auch fernerhin die Zugehörigkeit zu unserem Verband gestattete. Bis zur fünften Abstimmung im Jahre 1899 zeigte die Beteiligung eine erfreuliche prozentuale Zunahme, von 41 auf 68 Prozent steigend. Die nächste Abstimmung zeigte aber eine bedeutend schwächere Beteiligung, es waren nur noch 52 und bei der letzten gar nur noch 40 Prozent unserer Mitglieder beteiligt. Obwohl Redner seither ein eifriger Anhänger der Urabstimmungen gewesen sei, hätte er seine Ansichten nun doch geändert. In früheren Jahren seien die Urabstimmungen insofern berechtigt gewesen, als es dazu keiner so großen Ausgaben bedürfte wie zu einem Verbandstage. Aber nach dem jetzigen Mitglieder- und Kassenbestand könne er die Einberufung eines Verbandstags nur befürworten. Er gestehe ja zu, daß durch eine Urabstimmung das Interesse an den jeweils schwebenden Fragen bei vielen Mitgliedern geweckt und gefördert werden könne, doch möchte er eine solche Abstimmung nur auf ganz bestimmte präzierte Fragen beschränkt wissen. Er erkenne auch heute noch keine Notwendigkeit, die regelmäßigen Verbandstage wieder einzuführen, dieselben sollen vielmehr auch fernerhin nur nach Bedarf zusammentreten. Die Zeit seit dem letzten Verbandstag in Berlin im Jahre 1900 sei eine Periode von gewiß weit größerer Bedeutung für den Verband als vielleicht die lange Reihe von Jahren zuvor. Große Aussperrungen, Streiks, Tarifvereinbarungen und verschiedene Streitigkeiten mit dem Verbandsvorstand, die wir seither erlebt haben, bedürfen einer vernünftigen Kritik, die nicht durch Zeitungs-polemiken, sondern nur durch eine persönliche und freie Aussprache geübt werden kann. Dies veranlasse uns, der vom Verbandsvorstand vorgelegten Frage näher zu treten. Die Beantwortung dieser Frage bedinge aber wiederum die Behandlung zweier weiterer Fragen: 1. Ist genügend Material zu einem Verbandstag vorhanden? 2. Können diese Fragen nicht durch Urabstimmung geregelt werden? Material sei mehr als genug vorhanden, um die Einberufung eines Verbandstags zu rechtfertigen. Vor allen Dingen seien es die Tarifangelegenheiten, die einer gründlichen Besprechung bedürfen. Auch

des Tarifamtes, das letzten Herbst gegründet wurde, aber noch nie ein Lebenszeichen von sich gegeben habe, müsse gedacht werden. Ferner kommen verschiedene Unterstufungsfragen in Betracht, so die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung, die sich nicht mehr länger hinausschieben lasse, da es der Verband als seine erste Pflicht erachten müsse, seine Mitglieder in dem Maße zu unterstützen, um sie möglichst lange vor dem Zwange zu bewahren, unter Tarif arbeiten zu müssen. Auch die Frage der Einführung von Sterbegeldern, die auf dem letzten Verbandstag mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde, müsse wiederum einer Besprechung gewürdigt werden. Weitere Fragen seien: die Gewährung von Invalidegeldern, die Anstellung von besoldeten Gauvorstehern und die aus all diesen entstehende Frage der Beitragserhöhung; eine Beitragserhöhung sei für ihn, den Redner, überhaupt unumgänglich notwendig. Er selber wünsche am liebsten, daß alle diese schwebenden Fragen im zustimmenden Sinne erledigt würden, eine gründliche Aussprache darüber könne aber nur auf einem Verbandstage gepflogen werden, er bitte deshalb, die vorgelegte Frage der Urabstimmung mit „Ja“ zu beantworten.

Damit schließt Lender seine Ausführungen und wird sofort Deder das Wort zu seinem Korreferat erteilt. Einleitend gibt Redner zu, daß wohl nicht alle die erwähnten Fragen auf dem Wege der Urabstimmung erledigt werden könnten, er müsse sich aber sagen, daß bei einer Urabstimmung die persönliche Meinung eines jeden einzelnen zum Ausdruck kommt, was aber bei einem Verbandstag nicht der Fall sei, da dort jeder Anwesende so ziemlich 200 Mitglieder zu vertreten habe. Er wolle sich nicht einmal direkt gegen einen Verbandstag erklären, denselben aber in diesem Jahre abzuhalten, halte er für verfrüht. Man solle das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen für Berlin und Leipzig im kommenden Herbst abwarten und erst dann, wenn sich verschiedene bis jetzt noch dunkle Fragen geklärt haben, zu einem Verbandstag zusammentreten. Die Anstellung von besoldeten Gauvorstehern sei notwendig, doch nicht für alle Gaue. Der Verbandsvorstand solle erst einen solchen einsehen, vielleicht im Rheinland, dann könne man auf Grund der Erfahrungen, die man dort sammle, auf dem nächsten Verbandstag, sofern er bis nächstes Jahr verschoben wird, weitere Beschlüsse fassen. Zur Einsetzung eines besoldeten Gauvorstehers sei aber kein Verbandstag notwendig, da dies sehr leicht auf dem Verwaltungswege zu machen sei. Die gleiche Instanz könne auch die Unterstufungsfragen regeln. Daß dabei Abänderungen an den bisherigen Bestimmungen vorgenommen werden müßten, sei für ihn außer allem Zweifel. Redner erläutert an einem Beispiel, wie wenig wir nach den jetzigen Bestimmungen des Arbeitslosenunterstützungswesens unseren Mitgliedern gegenüber zu leisten imstande sind. Ein unhaltbarer Zustand sei es zum Beispiel, wenn Mitglieder, die sehr viele Jahre lang ihre Beiträge dem Verband entrichtet haben und nun in die Lage kommen, einmal Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, dann infolge dieser einmaligen Unterstützung durch unsere diesbezüglichen Statuten gezwungen werden, wieder mit der niedersten Klasse zu beginnen, also kaum ein größeres Recht besitzen, als andere Kollegen, die vielleicht erst 26 Wochen dem Verband gesteuert haben. Die Einführung von Krankenunterstützung, wie sie von verschiedenen Seiten gewünscht werde, halte er für ungut. Eine Beitragserhöhung könne er nicht befürworten, da eine solche einen sehr ungünstigen Einfluß auf unsere Lokalkasse ausüben würde. Wir in Stuttgart zahlen schon vorher einen hohen Lokalaufschlag und da wäre es sehr bedenklich, mit einer weiteren Beitragserhöhung an unsere Mitglieder heranzutreten, da uns sonst eine ganz beträchtliche Anzahl Kollegen den Rücken kehren würde. In verschiedenen Punkten weist Redner nach, daß bei einer Erhöhung der Verbandsbeiträge für männliche Mitglieder um 5 Pf. für unsere Lokalkasse so ziemlich nichts mehr übrig bliebe, außer: auch wir schreiten zu einer Beitragserhöhung von 50 auf mindestens 55 Pf., oder wir heben die seitherige Lokalunterstützung auf, was aber einen bedeutenden Mitgliederverlust zur Folge hätte. Alle diese Momente bringen ihn zu der Überzeugung, daß die vorgelegte Frage mit „Nein“ zu beantworten sei.

Mit einer diesem Sinne entsprechenden Aufforderung an die — beiläufig bemerkt, nicht gerade zahlreich erschienenen — Anwesenden schloß Decker sein Referat.

Da sich trotz wiederholter Aufforderung niemand zur Diskussion meldete, wurde nach einer kurzen Pause Vender das Schlusswort erteilt, welcher die von Decker gewünschte Hinauschiebung des Verbandstags um ein Jahr für gänzlich unbegründet erachtet, da sich in diesem Falle die Beratungspunkte wieder derart anhäufen könnten, daß jede Möglichkeit auf prompte Erledigung derselben ausgeschlossen wäre. Die Einführung einer Krankenunterstützung würde wohl — entgegen der Ansicht Deckers — nicht auf dem Verbandstag beschloffen, sondern dies schein ihm auf dem Wege einer Urabstimmung viel wahrscheinlicher. Die Anstellung von besoldeten Gauvorstehern auf dem Verordnungswege würde den Rahmen der Befugnisse des Verbandsvorstandes bedeutend überschreiten. Ebenso können die Gehaltszulagen unserer Beamten auch nur auf dem Verbandstag einer Regelung unterzogen werden. Die Besorgnisse Deckers über unsere Lokalkasse könne er nicht teilen; übrigens hätten Lokalanlagenheiten vor Verbandsangelegenheiten in den Hintergrund zu treten. Er empfehle nochmals mit „Ja“ zu beantworten.

Während diesem Schlusswort haben sich zwei Kollegen in die Rednerliste einzeichnen lassen und beschloß deshalb die Versammlung, erst jetzt in eine Diskussion einzutreten, und so erhielt Krauß das Wort, der erklärt, nach den Ausführungen Venders zu der Ansicht gekommen zu sein, daß ein Verbandstag sehr not tue und die Behandlung der verschiedenen Fragen nicht mehr länger verzögert werden könne. Rehberg ist der Meinung, daß Verwaltungsfragen von so weittragender Bedeutung nicht durch Urabstimmung geregelt werden können, ganz abgesehen davon, daß durch eine solche Abstimmung noch lange nicht die Willensäußerung eines jeden einzelnen nachgewiesen sei. Dietrich findet zu seiner großen Verubigung keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen den beiden Referenten. Er halte eine Verzögerung des Verbandstags auch nicht für geraten, schon in Anbetracht der Anhäufung des Beratungsmaterials. Für regelmäßig stattfindende Verbandstage könne auch er nicht eintreten, in unserer gegenwärtigen Situation sei aber ein solcher vollauf berechtigt. Gaweisen erscheint das jetzige Jahr ganz besonders geeignet einen Verbandstag einzuberufen, da wir uns zurzeit in einem „Jahr der Ruhe“ befinden. Nächstes Jahr müßten schon wieder ernste Vorbereitungen zur kommenden Tarifbewegung aufgenommen werden. Die wichtigsten Fragen, die auf einem eventuellen Verbandstag zur Sprache kämen, seien ohne Zweifel die Unterstützungsfragen, die Frage der Erhöhung der Beiträge und die Regelung der Beamtengehälter. Er ersuche um eine bejahende Antwort. Decker befürchtet, daß uns im kommenden Herbst ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht wird. Man sollte zuerst abwarten, ob die Berliner und Leipziger Prinzipale ihre Zugeständnisse auch einhalten. Gar manches ließe sich dann besser beurteilen als im Falle eines diesjährigen Verbandstags. Vender erwidert Decker noch, daß wir uns auf einen Tarifdurchbruch seitens der Prinzipale jederzeit gefaßt machen müssen, deshalb brauche ein Verbandstag nicht hinausgeschoben zu werden. Zum übrigen fordere er auf, für solche Fälle stets kampfbereit dazustehen und kein eigentliches Jahr der Ruhe zu pflegen.

Damit wird dieses aktuelle Thema verlassen und zur Wahl der Kantontassenvertreter und der Delegierten in die Gewerkschaftskommission geschritten. Als letztere wurden Decker, Rehberg, Schmidt, Wesner, Schröter und Joh. Frey gewählt.

**Leipzig.** Der Fachverein hielt am 26. Februar eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Herr Dr. Karstens einen Vortrag über „Die Herstellung des Papiers“ hielt. Der Herr Referent entledigte sich seiner Aufgabe nach bestem Können, dürfte jedoch die Erwartungen vieler Versammlungsbesucher nicht ganz befriedigt haben. Der Vortrag war vor allem der Belehrung derjenigen Kollegen gewidmet, die am 2. März an der Beschichtigung der Cröllwitzer Papierfabrik teilnahmen. Gegen 130 Kollegen hatten sich zu dieser Exkursion eingefunden, die unter Führung mehrerer Beamten der Fabrik

mit großem Interesse den Werdegang des Papiers verfolgten. Von einem seitens der Halle'schen Kollegen geplanten Ausflug in die nähere Umgebung von Halle mußte des äußerst unfreundlichen Wetters wegen abgesehen werden. Die Teilnehmer fanden sich dann in einem Lokal zusammen, wo bei Tanz und Spiel der Nachmittag in fröhlichster Stimmung verbracht wurde, um mit den Abendzügen wieder der alten Pleißenstadt zuzufahren. Den Halle'schen Kollegen, deren freundliche Unterstützung uns zu teil wurde, sei hiermit unser bester Dank dafür ausgesprochen.

**Dresden.** In der am 20. Februar abgehaltenen, gutbesuchten Versammlung behandelte Dr. med. Engelmann den zweiten Teil seines Vortrags „Hospfengift“, wobei er unter anderem darauf hinwies, daß zwei der hauptsächlichsten auf Hospfengift beruhenden Krankheiten die Sicht und die Fettleibigkeit sind.

Es kommen sodann die in der Hofbuchbinderei G. A. Grütner herrschenden Mißstände zur Sprache. In diesem Betriebe wird trotz aller technischen Hilfsmaschinen 10 1/2 Stunden gearbeitet. Der Stundenlohn für neuereingestellte Buchbinder ist 30 Pf. Überzeit wird nicht besonders entlohnt. Die Arbeiter werden durch stetes Antreiben von Herrn Grütner jun. aufs äußerste ausgenützt, auch ist dieser Herr in seinen Äußerungen seinem Personal gegenüber nicht sehr gewählig. Ein Buchbinder, der sich eine beleidigende Äußerung von Herrn Grütner nicht gefallen ließ und ihn ersuchte, mit ihm anständig zu sprechen, wurde entlassen. Die ganze Maschinenheisterei, ob Zwirn, ob Draht, steht unter Leitung eines Markthelfers und ist auch demgemäß sehr mangelhaft. Die sanitären Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Es steht zurzeit circa 20 bis 25 Mann ein einziges Klosett zur Verfügung. Obwohl Zuspätkommen mit 10 Pf. geahndet wird und für geringfügigste Vergehen Strafen auferlegt werden, hält es andererseits Herr Grütner jun. nicht für notwendig, Sonnabends, wenn um 5 1/2 Uhr Feierabend ist, seine Leute pünktlich auszubezahlen.

Legler beschwert sich, daß das Verbandsmitglied Zischang eine Werkstubeversammlung vereitelte und dem Chef meldete. Zischang wurde Gelegenheit gegeben, sich zu rechtfertigen, er tat es aber nicht. Es wird von der Versammlung nach langer Debatte beschloffen, falls Zischang in nächster Versammlung sich nicht rechtfertigt, einen Antrag auf Ausschluß zu stellen.

**Erklärung.**

Die Gegenerklärung G. Z.s erbringt lediglich den Beweis für meine Behauptung, daß G. Z. zum Lehrer des guten Toncs nicht taugt. „Der Stil ist der Mensch!“ — trifft hier vollständig zu. Da ich nun weder die Neigung besitze, den Inhalt der „Buchb.-Ztg.“ um gleichwertige stilistische Schönheiten zu bereichern, noch den verwegenen Ehrgeiz habe, mich auf diesem Gebiet mit dem konkurrenzlos dastehenden G. Z. messen zu wollen, so tröste ich mich mit dem Sprichwort: „Wer schimpft, hat Unrecht.“

Ann. d. Red. Die Leser entschuldigen gütigst, wenn wir inkonsequent unserer letzten, wiederholten Anmerkung die abermalige Erklärung passieren lassen. Ein Recht, die Aufnahme der Erklärung zu verlangen, können wir E. K. nicht zuerkennen. G. Z. dürfte doch vielleicht auch seine Meinung sagen; er war im ersten Artikel nicht aggressiv, wurde trotzdem von E. K. scharf angegriffen, somit stand ihm auch das Recht zur Antwort zu, die so ungefähr auf den gleichen Ton gestimmt war wie E. K.'s Erklärung. E. K. kommt jetzt nochmals zum Worte, weil er sich so wie so trotzdem immer noch als in seiner Meinungsfreiheit unterdrückt fühlt. Jetzt werden wir versuchen, von der anderen Seite Zuschriften nicht mehr aufzunehmen, wenn je nochmals der Versuch gemacht werden sollte; vielleicht gelingt uns das und wir kommen so langsam zum Schluß.

**Eingesandt.**

**Zwickau.** Keine Musterwerkstube für Buchbinder und Kartonnagearbeiter ist hier bei der Firma Max Schmiedt. Dieser Herr, der bis vor einem halben Jahre einsam und allein als Buchbindermeister praktizierte, hat sich nun, nachdem er sich mit seinem Schwager assoziiert hat, eine Kartonnagefabrik errichtet, in welcher die denkbar

schlechtesten Verhältnisse herrschen. Daß er Sonnabends auch Lohn bezahlen muß, das will ihm manchmal gar nicht in den Sinn. Werden Überstunden gemacht und die Arbeiter verlangen sie bezahlt, so sagt er, die Arbeiter hätten die Zeit unter Tags verbummelt. Ein Kollege (Nichtverbandsmitglied) hatte 28 Überstunden in 14 Tagen gemacht, 15 bekam er bezahlt. Wollen die Arbeiterinnen keine Überstunden machen, so droht er mit dem Hinauschieben oder er schließt einfach die Werkstube ab und läßt keine raus. Hat nun einmal eine Arbeiterin etwas gegen solche Behandlung einzuwenden, so droht er mit Tätlichkeiten. Seit September sind dort schon sieben Buchbinder ein- und ausgewandert, denn neben der Behandlung sind es die Löhne, die 10, 13 und 15 Mk. betragen, welche die Arbeiter zum baldigen Verlassen der Werkstube veranlassen. Zwei Kollegen mußten ihn schon verklagen, da er ihnen den letzten Wochenlohn überhaupt nicht bezahlen wollte. Einen anderen Kollegen hat er nach Ablauf seiner vierzehntägigen Kündigungsfrist, als derselbe am Sonnabend seinen Lohn forderte, vor die Tür geschoben und diese dann von innen geschlossen. Auch die gesetzlichen Bestimmungen für Minderjährige werden dort nicht eingehalten; Arbeiterinnen unter 16 Jahren haben schon oft bis nachts 10 und 11 Uhr, desgleichen auch Sonntags gearbeitet.

Da nun der empfehlenswerte Herr öfters in Chemnitz und Annaberg nach Arbeitern und Arbeiterinnen sucht, so soll das Eingesandt eine Warnung sein für unsere Verbandskollegen, zumal da er erklärt hat, nie wieder ein Verbandsmitglied einzustellen.

**Rundschau.**

\* Die Breslauer Buchbinderfachschule und die Innung. Als Belag zu der von den Breslauer Kollegen in letzter Nummer unserer Zeitung wiedergegebenen Ansicht, daß die Innung kein Verständnis für gemeinnützige Einrichtungen im Verufe habe, kam folgende Stelle aus einem im „Journal für Buchb.“ veröffentlichten Breslauer Briefe gelten:

„Es ist wohl noch nie dagewesen, daß eine Innung, der von der Stadt aus eine Fachschule eingerichtet werden soll, gegen eine solche Schule agitiert; es scheint, als wenn sie gefürchtet hätte, daß die Schüler-lehrlinge dieser Fachklasse sie in Leistungsfähigkeit und besserem Geschmack hätten übertreffen können — und das wäre doch bitter gewesen. Zur Charakteristik der Obermeister Siele'schen Anschauungen diene noch folgende von ihm getane Äußerung. Bekanntlich fand im Dezember vorigen Jahres eine vom Direktor Nahner angeregte Bucheinbandausstellung statt. Diese Ausstellung, die ein ungeheures Interesse in Breslauer Kreisen hervorrief, hat der Herr Obermeister Siele „gar nicht erst besucht“, das ist seine wortgetreue Äußerung. Und ein Mann von so geringem Interesse für berufliche Angelegenheiten und welcher die Innungsangelegenheiten so schlecht zu wahren versteht, ist Innungsoberrmeister.“

Und die Innungen geben doch immer als ihr Hauptstreben an, das Handwerk zu heben, auch in seiner Kunstfertigkeit!

\* Aus dem Reichstage. Wie Wetterleuchten blüht am deutschen Reichstagsfirmament immer wieder die Forderung nach Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter auf. So wieder in der Sitzung vom 4. März. Die Handhabung des § 153 der Gewerbeordnung durch die Richter drängt ja auch dazu, bei besserer Gelegenheit auf die fonderbare Rechtsprechung gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter hinzuweisen. Eine solche Gelegenheit nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Bernstein bei der Beratung des Justizetatcs wahr und schilderte mit Anführung einer Reihe von Fällen, welcher schweren Bestrafung die Arbeiter ausgesetzt sind, wenn sie irgendetwas mit dem § 153 in Konflikt geraten, wie dagegen aber die Unternehmer unbehindert scharfen und walten können, selbst wenn die Statuten ihrer Verbände direkt gegen diesen Gesetzesparagrafen verstoßen. Der Ausspruch Bernsteins: „Wir verlangen, daß der § 153 beseitigt wird, daß aber, so lange er besteht, nicht Urteile auf Grund desselben ergehen, die eine Schande für den Richterstand sind“, spiegelt auf jeden Fall den Wunsch der deutschen organisierten Arbeiter wieder. Der Staatssekretär Nieberding bezeichnete die Art, wie Bern-

fein einige Fälle verglich, für unwissenschaftlich, es komme auf das innere Wesen jedes einzelnen Falles an, die Arbeitgeber seien nicht zu loben, unschuldige Kinder seien aber die Arbeiter auch nicht. Die Rechtsprechung gegen Arbeitgeber und Arbeiter sei eine vollkommen gleichmäßige; einzelne Irrungen in Urteilsprüchen kämen vor. Dem Herrn Staatssekretär dürfte vielleicht die Häufigkeit dieser „Rechtsirrunge“ der Urteile auffallen, wenn es sich um Prozesse gegen Arbeiter handelt. Ein Zentrumsabgeordneter und ein Konservativer wollten wissen, daß sich die Fälle des Terrorismus sozialdemokratischer Arbeiter gegen andersgesinnte in „schauerlicher Weise“ mehren, worauf dann der sozialdemokratische Abgeordnete Bömelburg (Vor-sitzender des Maurerverbandes) nachwies, wie durch das scheinbare Vorgehen der Polizei bei Streiks vielfach Erbitterung bei den Streikenden erregt wird, die zu Skandalen führt und dann Anklagen und schwere Verurteilungen im Gefolge haben. Die ganze Debatte konnte sich nur in engen Grenzen bewegen, weil die Präsidenten streng darauf bedacht waren, alles, was nicht in direkten Zusammenhang mit der Beratung des Justizgesetzes zu bringen war, in der Debatte nicht zuzulassen.

\* Die Christlichen befinden sich jetzt in der Rolle der betäubten Lohrgerber, denen die Felle weggeschwommen sind. Sie hatten anscheinend gemeint, Reichskanzler und Regierung würden ihren auf dem Frankfurter Kongress aufgestellten Forderungen mit großer Bereitwilligkeit entgegenkommen, zumal v. Bülow noch besonders durch ihre Deputation dafür zu interessieren gesucht wurde. Die Leichtgläubigen! Jetzt sehen sie sich bitter enttäuscht und empfinden es als Zurücksetzung, daß der mit so vielem gesellschaftlichen Ehrlich ausgestattete Herr Reichskanzler nicht einmal die Interpellation des Zentrums selbst beantwortete, sondern das dem Staatssekretär überließ. So schreiben unter anderem die „Mitteilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften“ (einem unserem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ gleichen Zentralblatt für die christlichen Verbände):

„Auffallend muß es erscheinen, daß der Reichskanzler nicht selbst die Beantwortung der Interpellation übernahm. Es wäre bei einer so wichtigen Angelegenheit wohl am Platze gewesen, um so mehr als die Interpellation früh genug bekannt war. Uns kommt es absolut nicht darauf an, von welcher Partei die Interpellation ausging; es handelt sich vielmehr um die Stellungnahme der Regierung zu Forderungen, welche im Namen von 600 000 christlichen, national gesinnten Arbeitern in Frankfurt erhoben wurden. Da wäre es wohl am Platze gewesen, wenn der Herr Reichskanzler, der Zeit fand, so stromm gegen die Sozialdemokratie zu reden, nun auch sich Zeit genommen hätte, um auf die positiven Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu antworten. Wir sind gar nicht so zuversichtlich, daß wir ohne weiteres die Erfüllung unserer Wünsche von heute auf morgen erwarten; wir wissen zu gut, welche reaktionären Widerstände bei den verbündeten Regierungen zu überwinden sind. Aber es würde doch einer billigen Rücksicht und der Wichtigkeit der Sache entsprechen, wenn der Reichskanzler selbst die Stellung der Regierung präzisieren hätte.“

„Warum die Regierung wohl um die Frage des Koalitionsrechtes wie die Käse um den heißen Brei herumgeht?“

Nicht minder ungehalten ist der christliche Bergknappe:

„Durch diese Erklärung des Regierungsvertreters sind weite Kreise sehr enttäuscht worden. Nach der unbestimmten, aber nicht gerade ablehnenden Antwort, welche der Reichskanzler seinerzeit der Deputation des Frankfurter Kongresses gab, hatte man auf größeres Entgegenkommen seitens der Regierung gerechnet. Aus den Worten des Staatssekretärs ist in keiner Weise zu ersehen, wann die diesbezüglichen Vorlagen dem Reichstage zugehen und die Forderungen verwirklicht werden sollen.“

Die Kleinmütigen! Sie werden noch manche Enttäuschung erleben, wenn sie mit der rauen Wirklichkeit näher Bekanntschaft machen und sich vielleicht noch die Frage selbst beantworten, weshalb die Regierung um den heißen Brei herumgeht. Sollten sie wirklich sich eingebildet haben, sie vermögen eine solche Macht und solchen Einfluß auf die Reichsregierung auszuüben, daß auf einen Wink mit dem Finger Arbeiterforderungen bewilligt werden, um die wir schon seit Jahrzehnten kämpfen?

Jetzt nun erlassen sie einen Aufruf, worin zu größerer Organisierung der christlichen Arbeiter aufgefodert wird, um ihnen so unhöflich abgeschobenen Forderungen mehr Geltung zu verschaffen. Wir wissen einen Weg, der einfacher und praktischer ist: Ihre Sonderorganisation aufzugeben, zu den freien Gewerkschaften überzutreten und dort diese Forderungen mit unterstützen.

\* Ärzte und Krankenkassen. Der Versuch, die Abwehr der Krankenkassen gegen die unerfüllbaren Forderungen der Ärzte als eine politische, sozialdemokratische Heße hinzustellen, hat von seiten der Arbeitgebermitglieder verschiedener Ortskrankenkassen eine Zurückweisung erfahren. Die Arbeitgebermitglieder der Ortskrankenkassenverbände von Leipzig, Berlin, Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Hamburg, Breslau und anderer Städte schlossen sich einer Erklärung der Kölner an, derzufolge sie beklundeten, daß sie niemals Veranlassung gehabt hätten, ihre politischen Anschauungen im Gegensatz zu denen der Arbeitnehmermitglieder der Vorstände geltend zu machen und aufgeben mußten. Weder werde in den Vorstandssitzungen, noch in den Generalversammlungen, noch bei der Verwaltung der Kasse Politik getrieben. Es sei durchaus unrichtig, daß die Arbeitgeber im Kassenvorstand von den die Majorität bildenden Vertretern der Arbeitnehmer majorisiert oder nicht genügend berücksichtigt würden. Darauf folgt eine Erklärung, daß sie der auf dem Leipziger Krankentage angenommenen Resolution zustimmen, von den ihnen angebotenen Herrschaftsgelüsten sich frei wissen, soweit es das Wohl der Kassen gestattet, berechnete Forderungen der Ärzte jederzeit berücksichtigen und befürworten. Ein recht ehrenwertes und einwandfreies Zeugnis für die Arbeitervertreter, das aber gewisse Fanatiker nicht verhindern wird, ihren alten Kohl vom sozialdemokratischen Terrorismus, der angeblich in den Kassenvorständen ausgeübt wird, aufzuwärmen.

In Leipzig hat ein Vermittlungsversuch der Regierung keine Gegenliebe beim Kassenvorstand gefunden. Die dazu gemachten Vorschläge wären auch nach ihrer Annahme für die Kassen gänzlich garantiert. Es sollte auf der Grundlage folgender Vorschläge verhandelt werden: 1. Sicherstellung der Kasse vor dem Wiedervorkommen eines Zusammenschlusses der Kassenärzte zwecks Erlangung höherer Honorarbedingungen. 2. Wahrung der Kasse vor Überlastung in bezug auf den Aufwand an Krankengeldern und Arznei. 3. Erhaltung einer angemessenen Verteilung der Kassenärzte auf das gesamte Gebiet der Kassenverwaltung.

In Berlin bereiten sich ebenfalls größere Konflikte der Ärzte mit den Krankenkassen vor. Eine Ärzteeversammlung, die von 900 Personen der Besucht war, verpflichtete sich, dem Beschlusse der Ärztekammer gemäß zu handeln und Verträge mit den Kassen nur auf Grund der dort angenommenen Grundzüge der Vertragskommission abzuschließen. — Inzwischen rüsten auch die Kassen. So resolvierte eine Mitgliederversammlung der Berliner Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe dahin, daß die Einführung der freien Arztwahl nicht im Interesse der Kasse liegt und daß die Behauptung der Ärzte, als seien nur die Kassenvorstände und nicht die Mitglieder gegen die freie Arztwahl, unrichtig ist. Der Vorstand wurde ermächtigt, unter Berücksichtigung realisierbarer Forderungen mit den Ärzten langfristige Verträge abzuschließen, anderenfalls ab 1. Januar 1905 sie dem Gewerkschaftsverein beitreten, wenn die Ärzte wider Erwarten die gemachten Vorschläge nicht annehmen.

Aus einer Reihe anderer Städte wird über entstehende oder auch beigelegte Konflikte berichtet, die alle die gleiche Ursache: höhere Arztforderungen, haben.

\* „Wer nichts riskiert — kommt nicht ins Buchthaus“, dachte gewiß ein ehemaliger Buchbinder aus Solingen, der sich wegen vielfacher Betrügereien und Zechprellereien vor der Koblenzer Strafkammer zu verantworten hatte. Pohlitz, der als „Weltreisender“ ohne Geld die ganze Welt durchzehrte und dann in einer Phantasiuniform Vorträge über seine Reiseerlebnisse hielt, besitzt eine solche Redefertigkeit, daß er dadurch viele seiner Hörer für sich einnahm. Die Süddeutsche Verlags-

anstalt in Stuttgart bestellte ihn zu ihrem Agenten und gewährte ihm gleich einen namhaften Vorschuß. Das Gericht verurteilte ihn, der schon zweimal wegen Diebstahls und siebenmal wegen Betrugs bestraft ist, zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis.

### Literarisches.

Die „**Neue Zeit**“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieb's Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 23.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist uns Nr. 6 des 14. Jahrgangs zugegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Von der illustrierten Wochenschrift „**Zu Freien Stunden**“ ist soeben das 10. Heft des achten Jahrganges erschienen. Die Zeitschrift bringt in dieser Nummer die Fortsetzung des Gesellschaftlichen Romans „Die Flukspiraten des Mississipi“. Der Münchener Maler J. Damberger zeichnet die Illustrationen zu diesem Roman. Das Heft enthält ferner die Fortsetzung von Alexander Dumas', „Gabriel Lambert, der Galeerenflave“, eine kleine Geschichte aus dem jezt so heiß umstrittenen Korea: „Das Einsiedler-Königreich“, sowie kleinere Beiträge, die den Inhalt des Heftes in anregender Weise beleben. In jeder Woche erscheint ein Heft zu 10 Pf., das in allen Parteibuchhandlungen zu haben ist und von jedem Kolporteur oder Zeitungsträger besorgt wird. Abonnenten können noch jezt eintreten und erhalten Heft 1 auf Wunsch zur Ansicht. Wir liefern auch denjenigen Parteigenossen, die in Versammlungen, Fabriken usw. für die Ausbreitung unserer Zeitschrift agitieren wollen, das nötige Sammelmaterial.

### Briefkasten.

A. N. in G. Nein, Offert war nicht aus G.  
N. F. in G. Schlussatz wäre nicht über gewesen, in der Kürze der verfügbaren Zeit ganz übersehen.

A. Sch. in A. Zu spät für vorige Nummer.

J. P. in D. Mir ist davon nichts mehr bekannt, soll es für die Zahlstelle sein oder für Sie prioatim? Wenn letzteres, müssen Sie mir Ihre Adresse zunächst mitteilen.

R. W. in B. Versammlungslokale werden nicht veröffentlicht, nur noch gegen Zahlung als Inserat.

G. B. in B. Mit Ihnen kommen für diese Nummer schon wieder sechs andere, die Änderungen im Adressenverzeichnis wünschen, trotzdem zu dem in voriger Nummer erschienenen Verzeichnis um rechtzeitige Einlieferung gebeten wurde. Kann da wirklich nicht mehr Obacht gegeben werden, damit die fortwährenden Änderungen unterbleiben?

E. R. in L. Wer Schimpf, hat Unrecht. Die nachträglich verlangte Verschärfung der Erklärung war aber mehr als eine Schimpferei, deshalb...

St. G. in G. Für solche allgemeinen Themas ist jezt auf lange Zeit hinaus kein Platz. Wollen Sie Ihr Manuskript zurück haben?

G. S. in B. Nunmehr sehe ich, daß beides getrennt gebracht werden muß, aus der ersten Arbeit war das nach der Überschrift nicht ersichtlich.

Schriftführer. Daß Sie sich Mühe geben, ist erkennbar. Im allgemeinen zufriedenstellend; manche Sachen, die nur lokales Interesse haben, könnten fortbleiben oder wenigstens kürzer gefaßt sein; bedenken Sie immer, unsere Zeitung ist kein Lokalblatt. Gruß!

Unbekannt in Berlin. Danken für freundliche Zufendung; bereits schon vorher selbst beobachtet und wie Sie sahen, zum Teil verwendet.

Zurückgestellt: Jahresbericht des Gau's XV, Bericht über die Lohnbewegung in Bremen, Berichte aus München und Bremen und Abrechnung der Verbandstasse.

### Gau VIII.

Der Buchbinder **Christian Kronmeyer**, Mitgliedsbuch Nummer 47360, geb. am 11. Oktbr. 1878 zu Grünfeldt in der Pfalz, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Gauvorstand, sowie den Hofgeismarer Mitgliedern gegenüber umgehend nachzukommen; andernfalls Anzeige gegen ihn erfolgt. Diejenigen, welche den Aufenthalt des genannten kennen, werden gebeten, Unterzeichnetem davon Mitteilung zu machen.

Das Mitgliedsbuch Nummer 46181 auf den Namen **Herm. Schwarzberg**, sowie das Mitgliedsbuch auf den Namen **Gottfried Clausen** lautend, sind bei Vorgehung anzuhalten und wird gebeten, dieselben an Unterzeichneten einzusenden.

**Heinr. Kornacker**, **Serrenhausen-Sannover**, Serrenhäuserstr. 12 C. III.



Deutscher Buchbinder-Verband.

**Zahlstelle Berlin.**  
 Allen Kollegen und Kolleginnen hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, die Falgerin  
**Berta Schultze**  
 am 5. März an der Lungen- und Nierenkrankheit verstorben ist.  
 Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten!  
 182] **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchbinderverband \* \* \*  
 Zentralkrankenkasse der Buchbinder.

**Verwaltungsstelle Hamburg**  
 Sonntag den 20. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im „Eden-Theater“, St. Pauli, Spielbudenplatz  
**Wohltätigkeits-Konzert**  
 zum Besten eines invaliden Berufskollegen unter gefälliger Mitwirkung der Prinzess Pokahuntas (Sopran), des Herrn Schmid (Tenor), des Herrn Langmaak (Rezitation), des Sängerkor-Quartetts Eintracht von 1873 und des verstärkten Theaterorchesters.  
 Karten à 50 Pf. find bei den Vertrauensleuten und an der Kasse zu haben. [2.20  
 Um zahlreiche Beteiligung ersuchen  
 173] **Die Vorstände.**

**Nachruf!**  
 Am Sonnabend den 5. März verstarb nach längerem Leiden unsere langjährige Mitarbeiterin und Kollegin [1.50  
**Berta Schultze**  
 im Alter von 28 Jahren  
 Wir werden derselben ein treues Andenken bewahren.  
 174] **Das Personal**  
 der Buchbinderei „Vorwärts“, Berlin.

**Unlieb verspätet!**  
 Unserem lieben Kollegen [0.80  
**Heinrich Wellner**  
 bei seiner Abreise nach Bremen ein  
 „Herzliches Lebewohl!“  
 175] **Die Zahlstelle Altona.**

Unserem lieben Kollegen [0.60  
**Willy Friedrich**  
 bei seiner Abreise von hier ein „Herzliches Lebewohl!“  
 176] **Zahlstelle Lüdenscheid.**

177] **Paul Hoppe,** [0.70  
 zurzeit in Lübeck, wird hierdurch aufgefordert, sofort die von ihm bereits mehrere Male brieflich verlangte Auskunft an unterzeichneten Vorstand endlich mitzuteilen.  
**Der Vorstand der Zahlstelle Hamburg.**

Schweiz. Buchbinderverband, Sekt. Zürich.  
**Faver Brugger, Bayern,**  
**Heinrich Buse, Leidenschaft**  
 sind ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.  
 NB. Die Ortsverbände sind um Angabe der Adressen gebeten. 178] [1.80

**Preßvergolder,**  
 in allen Arbeiten bewandert,  
 sucht für dauernd [2.40  
**C. H. Schwabe,**  
 179] **Lübingerstr. 83, Stuttgart.**

**Achtung!**

**Leipzig.**

**Achtung!**

Montag den 14. März, abends 8 Uhr

**Rezitations-Abend im „Pantheon.“**

180] Zum Vortrag gelangt das Schauspiel von Otto Ernst: [4.20  
**„Die grösste Sünde.“** Rezitator: Herr E. Walkotte.

Karten sind bei sämtlichen Vertrauensleuten, sowie in „Schüttels Hof“ und im „Pantheon“ zu entnehmen.  
 Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**


NB. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Bibliothek in Zukunft **Mittwochs von 7 bis 8 Uhr** und **Sonnabends von 6-8 Uhr** geöffnet ist. In diesen Stunden liegen auch sämtliche vom Verein gehaltene Zeitschriften im Lesezimmer zur gefälligen Einsichtnahme aus.  
 Interessenten sei dies zur Beachtung empfohlen. D. D.

**Achtung! Zahlstelle Berlin. Achtung!**  
 Sonnabend den 19. März

in L. Kellers Festsälen, Koppenstraße 29  
**Siebzehntes Stiftungsfest**

181] **Großer Fest-Kommers.** [5.80  
**Großes Konzert (20 Mann). — Festrede. — Vorträge.**  
 Nach dem Konzert:

**Grosser Ball in beiden Sälen.**

Serven, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
**Billetts 25 Pf. • Anfang 8 1/2 Uhr. • Abendkasse findet nicht statt. • Programm am Eingang gratis.**  
 Billetts sind noch in den Zahlstellen, bei den Werkstaben-Vertrauenspersonen und im Bureau Engel-Ufer 15 II, zu haben.  
 Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**  
 Am Festabend bleiben die Zahlstellen und das Bureau geschlossen. 

**Alt Gold-Einkauf!**  
 Rehrgold, Gummi usw. zum Ausschmelzen, jeden Posten nach Gewicht. Empfehlungen zur Verfügung. [0.80  
 183] **Willy Thiele, Leipzig, Nordstr. 3.**

**Fachschule für Buchbinder**  
 Mustergiltig eingerichtete Werkstätte  
 Das Schulgeld beträgt 24 Mark das halbe Jahr  
 Kostenlose Auskunft wird erteilt durch Direktor MEYER  
 184] **Stä. l. Staatl. Handwerker- und Kunstgewerbeschule Elberfeld**

**Buchbinder,**

in allen besseren Arbeiten durchaus erfahren, für lohnende und dauernde Beschäftigung von Rhein. **Geschäftsbüchereifabrik** sofort gesucht. 186.] [2.00  
 Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen unter **K. P. 1870** an Rudolf Woffe, Köln, erbeten.

  
**L. Führ, Stuttgart,**  
 188] **Rotenbühlstr. 14,** [1.60  
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager feberleichter, sowie wetterfester Filzhüte, Hochzeits- und Reisehüte von 4 Ml. an.  
**Konfirmations-Hüte in allen Preislagen.**

**Müllers Restaurant u. Café**

Inhaber: **Otto Müller, Mäckern b. L., Kirchweg 32.**  
**Gr. Strassenbahn - Linie Mäckern - Cossowitz.**  
 Empfehle allen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen Gelegenheiten zur gefälligen Benutzung.  
 Gleichzeitig mache ich auf die in Nr. 51 1902 der „Buchbinderzeitung“ besprochene **Wettspielkarte** aufmerksam. Dieselbe ist zu beziehen durch **Emil Klotz**, Leipzig, Bayerschestr. 81, und **Emil Pfütze**, Leipzig, Sellenhausen, Eisenbahnstraße 150 III. 185] [1.40  
**Fernsprecher 7945. Mit Gruß O. Müller.**

Auf 1. April ein kleineres, möbliertes Stübchen billig zu vermieten. Zu erfragen bei **Th. Schleich,** Stuttgart, Gutenbergstr. 80, Stfs. III. [0.40  
 187]

**Gehilfen**  
 in allen Gegenden Deutschlands sucht **O. Th. Winckler** Leipzig  
**Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder.**